

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Bielefeld - Oberbürgermeister Herrn Pit Clausen

| | | |
|-------------|------------|-----------------------|
| Gremium | Sitzung am | Öffentlichkeitsstatus |
| Ratssitzung | 26.09.2024 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

Dringlichkeitsantrag zur Änderung des Verfahrens für die Erstellung der Vorschlagsliste für das VG Minden – Ehrenamtliche Richter*innen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pit Clausen,

Die Ratsgruppe der PARTEI Bielefeld stellt folgenden Antrag als „Dringlichkeitsantrag“:

Der Rat möge beschließen:

- Die Verwaltung erarbeitet kurzfristig ein geeignetes Verfahren für die Zusammensetzung der Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richter*innen für das Verwaltungsgericht Minden und ersetzt damit das bisher genutzte Verfahren (Wahlvorschläge durch die Fraktionen und Ratsgruppen nach Hare-Niemeyer). Dieses Verfahren soll weitere gesellschaftlich relevante Vereinigungen (z.B. den Integrationsrat und weitere gewählte Vertreter*innen, aber ggf. auch andere Vereinigungen) an der Erstellung der Vorschlagsliste beteiligen.
- Eine Arbeitsgruppe wird nach der bisher üblichen Praxis (AG besteht aus Mitgliedern der Fraktionen) gebildet, die nach dem von der Verwaltung erarbeiteten Verfahren eine Vorschlagsliste für die nächste Ratssitzung, welche ggf. eine Sondersitzung sein kann, zusammenstellt.
- Die Verwaltung überprüft im Anschluss, bei welchen anderen Wahlen von Gremien, ehrenamtlichen Richter*innen, Posten etc. das Verfahren nach Hare-Niemeyer zwar üblicherweise in Bielefeld genutzt wird, aber rechtlich nicht zwingend herangezogen werden muss.

Begründung:

1. Abbildung der Stadtgesellschaft:

Die Vorschlagsliste soll die Stadtgesellschaft abbilden. Als Vertreter*innen der Stadtgemeinschaft können durchaus die gewählten Fraktionen und die dahinterstehenden Parteien an der Suche geeigneter Bewerber*innen beteiligt werden. Es ist aber nicht zwingend vorgeschrieben, dass diese ausschließlich für die Benennung der Personen zuständig sein müssen. Es können auch andere gesellschaftlich relevante Vereinigungen herangezogen werden. Bezüglich der Fraktionen und Ratsgruppen wäre bereits zu erwähnen, dass mit dem Verfahren Hare-Niemeyer 4 Wähler*innengemeinschaften oder Parteien, die gewählte Einzelmandatstragende hier unter uns haben, aus dem Verfahren ausgeschlossen werden. Viel wichtiger erscheint uns jedoch auf die Buntheit und Vielfalt unserer Stadt hinzuweisen. An dieser Stelle bringe ich beispielsweise den Integrationsrat ins Spiel, der ebenfalls aus gewählten Mitgliedern besteht und unbestritten eine gesellschaftliche Relevanz hat. Um den Kreis der Beteiligten zu erweitern und die Stadtgesellschaft in ihrer Vielfalt abzubilden, beantragen wir, auch andere gesellschaftlich relevante Vereinigungen miteinzubeziehen.

Zitat aus dem Rechtsamt:

„Deshalb ist es auch in das pflichtgemäße Ermessen der Vertretungskörperschaft gestellt, ob und in welchem Umfang und in welchem Procedere außer den Fraktionen und den hinter ihnen stehenden politischen Parteien auch andere gesellschaftlich relevante Einrichtungen an der Suche geeigneter Bewerberinnen und Bewerber beteiligt werden. Es muss letztlich ein praktisch durchführbares Verfahren gefunden werden.“

Und weiter:

„Vor diesem Hintergrund ist es weder zwingend vorgesehen noch offensichtlich unzulässig, dass die Vorschlagsliste entsprechend dem Verfahren nach Hare-Niemeyer durch die Ratsmitglieder erstellt wird. Die Ratsmitglieder vertreten letztendlich die Stadtgesellschaft insgesamt.“

Daher werbe ich hier vehement dafür, ein anderes geeignetes Verfahren zu erarbeiten.

2. Wehrhafte Demokratie: Es ist nicht wegzureden, dass die Demokratie in Gefahr ist und das menschenfeindliche, rechtsradikale und sogar rechtsextreme Ansichten- ja auch verfassungsfeindliche- Haltungen in der Bevölkerung und

Politik zunehmen. Zu einer wehrhaften Demokratie gehört auch, die Situationen, an denen es möglich ist, für eine breitere Beteiligung der Öffentlichkeit zu öffnen und gesellschaftlich relevante Institutionen, Gemeinschaften etc. noch mehr in die politischen Prozesse mitzunehmen. Und das hier ist so eine Situation.

gez. Lena Oberbäumer

gez. Daniel Hofmann